



II-3495 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates

XIV. Gesetzgebungsperiode

REPUBLIK ÖSTERREICH

Der Bundesminister für Verkehr

Pr.Zl. 5905/4-1-1978

*1612 IAB*

*1978 -03- 30*

*zu 1617 IJ*

ANFRAGEBEANTWORTUNG

betreffend die schriftliche Anfrage der  
Abg. Dr. Feurstein, Hagspiel, Dr. Blenk  
und Genossen, Nr. 1617/J-NR/1978 vom  
1978 02 01, "Bau des Eisenbahn-Pfänder-  
tunnels".

Zu 1 bis 3

Der Herr Bundeskanzler hat mit mir wiederholt über die Verbesserung der Verkehrsverhältnisse im Raum Bregenz gesprochen, wobei auch das Projekt eines Eisenbahn-Pfändertunnels erörtert wurde, das aus städtebaulichen Gründen vom Bürgermeister der Landeshauptstadt Bregenz bevorzugt wird. Da die Trassenverlegung ein von kommunalen und städtebaulichen Überlegungen geprägtes Anliegen darstellt und ich nur für die eisenbahnmäßige Versorgung der Stadt Bregenz zuständig bin, waren der Zeitpunkt der Verwirklichung und die Art der Finanzierung nicht Gegenstand meiner Gespräche mit dem Herrn Bundeskanzler.

Dem Herrn Bürgermeister der Stadt Bregenz sollte für sein städtebauliches Vorhaben durch die Bekanntgabe der in den nächsten Jahren notwendig werdenden Erneuerungsinvestitionen durch die ÖBB eine Entscheidungshilfe gegeben werden. Mit dieser Bekanntgabe und dem seinerzeit vergebenen Studienauftrag über die Verlegung der Eisenbahntrasse im Raum Bregenz hat das Verkehrsressort seinen Beitrag zur Verwirklichung des Anliegens der Stadt Bregenz geleistet.

Für die ÖBB und das Verkehrsministerium ergeben sich außer den eingangs erwähnten Investitionen für die eisenbahnmäßige Versorgung weder Kompetenzen noch Möglichkeiten. Aus dieser Feststellung ergibt sich auch die Beantwortung Ihrer weiteren Fragen, nämlich, daß durch die zwischen dem Verkehrsministerium und der Stadt Bregenz gepflogenen Kontakte zum Projekt eines Eisenbahn-Pfändertunnels andere Bauvorhaben weder berührt noch beeinträchtigt werden können, weil sie entweder anderen Bundeskompetenzbereichen zuzuordnen sind oder aber die Finanzierungs voraussetzungen durch die Stadt Bregenz in anderer Weise gesichert werden müssen.

Wien, 1978 03 28  
Der Bundesminister

